

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

5.1.1924 (No. 4)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Vertrieb:
Karlsruhe
Straße Nr. 14
Hauptredaktion:
Nr. 953
und 954
Postfachamt
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. e. u. d.,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 12 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr: 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenscheck gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Ähnliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, wünschenswerterweise in Reichsmark, falls die Zeitung veräußert, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für Unerwartete Druckfehler und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen.

Amtlicher Teil

Umsatzsteuer

Die zweite Steuernotverordnung vom 10. Dezember 1923 hat die Umsatzsteuer allgemein auf Gold umgestellt. Bei der Berechnung der Umsatzsteuer in Gold ist zwischen Steuerpflichtigen zu unterscheiden, die während des ganzen Vorauszahlungsabschnitts Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt haben, und den übrigen. Bis zum Erlasse näherer Bestimmungen gelten für die Umsatzsteuer Bücher dann als auf wertbeständiger Grundlage geführt, wenn alle Buchungen ausschließlich in Goldmark oder in den unten angegebenen ausländischen Zahlungsmitteln gemacht worden sind. Der Steuerpflichtige, der Bücher auf wertbeständiger Grundlage geführt hat, hat zu errechnen, wieviel der gesamte Umsatz im Vorauszahlungsabschnitt in Gold betrug und danach die Höhe der Vorauszahlung in Gold zu ermitteln. Für die Umrechnung ausländischer Zahlungsmittel ist der Goldmarkkurs maßgebend, den die folgenden, hier allein für eine Buchführung auf wertbeständiger Grundlage in Betracht kommenden, ausländischen Zahlungsmittel am letzten Tage des Vorauszahlungsabschnitts an der Berliner Börse gehabt haben. Die Goldmarkkurse für 31. Dezember 1923 betragen:

	Goldmark
100 Argentinische Papierpesos	183,00
100 Belarische Francs	19,00
100 Brasilianische Papiermilreis	89,80
100 Chilenische Papierpesos	44,94
100 Dänische Kronen	74,90
1 Englische Pfund	18,90
100 Finnische Mark	10,80
100 Französische Francs	21,76
100 Holländische Gulden	160,0
100 Italienische Lire	18,40
100 Japanische Yen	198,00
100 Kanadische Dollar	411,22
100 Kuban-Dollar	419,69
100 Mexikanische Dollar	208,90
100 Norwegische Kronen	62,00
100 Schwedische Kronen	11,40
100 Schweizer Francs	74,00
100 Spanische Peseten	54,90
100 Tschechische Kronen	12,375
100 Türkische Lira	223,85
100 Vereinigte Staaten von Nordamerika-Dollar	420,00

Hat der Steuerpflichtige im Vorauszahlungsabschnitt Bücher auf wertbeständiger Grundlage nicht oder nur teilweise geführt, so hat er den Goldbetrag des Umsatzes unter Zugrundelegung des Durchschnitts des Dollarkurses im Vorauszahlungsabschnitt und danach die Höhe der Vorauszahlung in Gold zu ermitteln. Die Umrechnungssätze werden jeweils rechtzeitig im Reichsanzeiger bekanntgegeben. Der Umrechnungssatz für die Dezemberjahre beträgt 1 Billion, der Umrechnungssatz für die Umsätze des vierten Kalendervierteljahres 1923 beträgt 502 Milliarden.

Am 1. Januar 1924 ab auf zweieinhalb vom Hundert erhöht und vom 1. Januar 1924 ab die Umsätze in das Ausland (Ausfuhr) von der Umsatzsteuer befreit. Auch haben künftig, erstmals im Januar 1924, die zu vierteljährlichen Vorauszahlungen verpflichteten Steuerpflichtigen (wie bisher die zu monatlichen Vorauszahlungen verpflichteten Steuerpflichtigen) jeweils bis zum 10. des Monats die Vorauszahlungen abzugeben und die entsprechenden Vorauszahlungen zu leisten. Bis zum 10. Januar 1924 haben also sämtliche Steuerpflichtigen die nächsten Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer zu leisten. Die Umsatzsteuerveranlagung für 1923 wird nur in beschränktem Maße durchgeführt werden. Nur den in Frage kommenden Steuerpflichtigen wird ein Steuererklärungsformular zugesandt werden.

Die vorstehenden Ausführungen finden auf die Holzverkaufsabgabe (Pressenotabgabe) entsprechende Anwendung.

Beschleunigte Aburteilung von Straftaten

Die Verordnung des Reichspräsidenten über die beschleunigte Aburteilung von Straftaten vom 17. Dezember 1923 (RGBl. I Seite 1231) hat dem Justizminister Anlaß gegeben, die Strafverfolgungsbehörden auf folgende bei der Handhabung der Verordnung zu beachtenden Gesichtspunkte hinzuweisen:

1. Am beschleunigten Verfahren der Verordnung soll nur vorgegangen werden, wo eine Häufung von Straftaten der in § 1 der Verordnung genannten Art (z. B. bei Gelegenheit von Unruhen) oder ein einzelnes, besonders schweres und Aufsehen erregendes Verbrechen die öffentliche Sicherheit und Ordnung in erheblichem Maße stört oder gefährdet. Im übrigen und in solchen Fällen, in denen die Beschleunigung nur auf Kosten der gründlichen Erörterung des Falles möglich wäre, soll regelmäßig und mit Bedacht von der Verwendung in das ordentliche Verfahren Gebrauch gemacht werden.

2. Im Verfahren nach der Verordnung erwächst der Staatsanwaltschaft die Aufgabe, durch alzeitiges gründliches Erfassen des Falles für die erforderliche schnelle Aufklärung zu sorgen. Dabei sollen die Staatsanwaltschaften besonders darauf bedacht sein, auch die zur Entlastung der Beschuldigten dienenden Umstände zu ermitteln und ihnen durch entsprechende Beweisanträge Geltung zu verschaffen.

3. Unbeschadet des Rechts der Gerichte, den Umfang der Beweisaufnahme nach freiem Ermessen zu bestimmen, sind die Staatsanwaltschaften angewiesen, darauf hinzuwirken, daß von den Angeklagten gestellte Beweisanträge nur dann und nur insoweit abgelehnt werden, als von der Erhebung des Beweises eine weitere Klärung nicht erwartet werden kann.

* Zeichen der Entspannung

Verglichen mit normalen Zeiten, muß die Periode, die wir jetzt durchleben, wie ein jähdreihlicher Traum erscheinen. Ganz anders, und zwar besser sehen jedoch die Dinge aus, wenn wir die letzten Monate des verflorenen Jahres zum Vergleich heranziehen. Auf dem dypieren Hintergrund dieser letzten Monate hebt sich die Gegenwart beinahe mit freundlichen Konturen ab.

Die Symptome, die außenpolitisch und innenpolitisch eine gewisse Entspannung erkennen lassen, mehren sich. Was die innere Politik betrifft, so werden allerdings die Reichstagswahlen und die Landes- und Gemeindevahlen, die verschiedentlich zu erwarten sind, mit ihrer selbstverständlichen Aufwühlung der parteipolitischen Leidenschaft den Prozeß der Gesundung zunächst nicht gerade fördern. Aber immerhin werden sie erdünstliche Klarheit über die Stimmung des deutschen Volkes bringen und mit dieser Klarheit den Weg der Klärung ganz sicherlich ebenen helfen.

Zudem ist so ziemlich in allen Schichten der Nation die Ansicht verbreitet, daß den Parlamenten ein neuer Zustrom frischer und druckbarer Kräfte dringend nützt. Ob das allerdings bei einem Wahlenwahlsystem möglich sein wird, das ist eine andere Frage. Jedenfalls wissen alle Parteien bzw. die für die Aufstellung der Wahllisten verantwortlichen Parteinstanzen, welches in dieser Hinsicht die Meinung der Gesamtbevölkerung ist. Die Wählererschaft will die Männer persönlich kennen, denen sie die Geschicke des Landes anvertraut, und sie wünscht, daß nur wirklich politisch begabte und zum Führen berufene Persönlichkeiten auf die Liste gelangen.

Ein neuer Beweis dafür, daß eine gewisse Entspannung der Gemüter vor sich geht, und daß staatspolitische Vernunft wieder an die Stelle parteipolitischer Einseitigkeit tritt, ist der die einstweilige Errichtung der großen Koalition in Sachsen. Die Optimisten haben also fürs erste recht behalten: die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion hat eingesehen, geleert, daß mit den Kommunisten staatspolitisch nichts anzufangen ist, und daß deshalb eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einfach nicht vermieden werden kann, falls man nicht das Land der Anarchie und den natürlich nirgends beliebigen Eingriffen der Reichsgewalt aussetzen will.

Allerdings liegt bereits ein Antrag des Landesarbeitsausschusses vor, ein Volksbegehren für die Auflösung des Landtags herbeizuführen. Dieser Antrag, der schon vor Bildung des Koalitionskabinetts eingebracht wurde, ist von der Regierung Föllisch sogleich abgelehnt worden. Vorausgesetzt, daß die Richtung, die für eine große Koalition zu haben ist, die Mehrheit der Parteimitglieder für sich gewinnt, sind Neuwahlen eigentlich überflüssig, zumal ja die im April oder Mai stattfindenden Reichstagswahlen ohnehin dokumentieren werden, wie parteipolitisch die Stimmung in Sachsen aussieht. Aufsch, wie wohl zu erwarten ist, ein erheblicher Bruchteil der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Sachsens zu den Kommunisten hinüber (man kann auch sagen hinab), so wird damit an der Notwendigkeit der großen Koalition aber auch nichts geändert; ja, diese Notwendigkeit wird dadurch noch unterstrichen, es müßte denn gerade sein, daß die sächsische Sozialdemokratie wünscht, sich überhaupt von der Verantwortung für die Regierung zurückzuziehen.

Um einen inneren Konflikt wird die Sozialdemokratische Partei in Sachsen jedenfalls nicht herumkommen. Denn einsehend ist die größere staatspolitische Einsicht vornehmlich auf Seiten der Landtagsfraktion zu finden, während die Mehrheit des Landesarbeitsausschusses als der gewählten Vertretung des Landesparteitages die Koalition mit bürgerlichen Parteien ablehnt. Und, was die Fraktion anlangt, so besteht auch hier eine oppositionelle Minderheit, die von einer großen Koalition nichts wissen will.

Fünfzehn Mitglieder der 40 Mann starken Fraktion haben, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, dem Ministerpräsidenten Heldt ihre Stimme verweigert, weil der Schritt zur Koalitionsmehrheit den Beschlüssen des letzten Landesparteitages widerspreche, und diese Opposition will ihre weitere Haltung von den Beschlüssen der kommenden Landesversammlung abhängig machen. Das bedeutet, falls die Landesversammlung sich gegen die Beteiligung an der Koalition ausspricht, praktisch eine Spaltung der Fraktion. Die 15 opponierenden Fraktionsmitglieder sind jedoch nicht alle unbedingte Gegner

der Koalition, etwa die Hälfte tritt durchaus für sie ein, möchte sich aber einem anderslautenden Beschluß des Parteitages fügen, während die Fraktionsmehrheit entschlossen ist, auch gegen derartige Resolutionen des Parteitages den jetzt eingeschlagenen Weg innewahalten und dem Parteitag und dem Landesarbeitsausschuß auf Grund der Verfassung und eines Beschlusses des Reichsparteiaussschusses das Recht abzuspochen, der Fraktion eine derartige Weisung widerprägnant auszugeben. Hier droht also ein weiterer schwerer Konflikt. Schließlich hat der linksradikale Flügel durch den Landesarbeitsausschuß den letzten Pfeil abgefeuert und, wie schon oben mitgeteilt, bei der alten Regierung im Namen der sächsischen Partei Sachsens das Volksbegehren über Landtagsauflösung beantragt. Diesem Antrag sofort stattzugeben, war eine der letzten Amtshandlungen des bisherigen Ministerpräsidenten Föllisch, der sich offenbar auf Grund seiner Einschätzung der Folgen des Antrages im letzten Augenblick zur Opposition schlug.

Der „Frankf. Ztg.“ wird dann in diesem Zusammenhang weiter aus Dresden gemeldet: „Die sächsische Koalitionsmehrheit rechnet damit, daß sich der Landesparteitag angesichts der drohenden Spaltung auf eine Kompromißformel einigen werde, die den offenen Konflikt vermeidet und der Koalitionsoption den Rückzug ermöglicht. Das Volksbegehren, dessen technische Vorbereitung geraume Zeit in Anspruch nimmt, und dem sich erst, wenn sich die Hälfte der sächsischen Wähler im Sinne des Antrages ausgesprochen hat, der eigentliche Volksentscheid anschließen würde, übertrüge die Spaltung der Fraktion auf die ganze Partei; denn der Landesarbeitsausschuß würde die Parole für Landtagsauflösung ausgeben, während die Fraktion und ihre Anhänger im Lande, zum Teil ganze geschlossene Unterbezirke, wie beispielsweise der Zittauer, die Gegenlösung propagieren würden. Aus all diesen Gründen hofft die Koalitionsmehrheit der Fraktion, daß der Landesarbeitsausschuß seinen Antrag zurücknehmen werde, daß aber, falls dies nicht geschieht, das Referendum aus mancherlei Gründen, aus stimmungsmäßigen und nicht zuletzt aus finanziellen, gegen Neuwahlen ausfallen werde. Schließlich ist es nach Ansicht der Fraktionsmehrheit sehr fraglich, ob der Beschluß des Kabinetts Föllisch, dem Antrage auf Volksbegehren stattzugeben, nicht als unhalbar angezweifelt werden könne, da hinter dem Antrag des Landesarbeitsausschusses, der im Namen der sozialdemokratischen Partei Sachsens spricht, offensichtlich durchaus nicht die ganze Partei steht und demnach die verfassungsmäßige Voraussetzung, daß ein Zehntel der Stimmberechtigten den Antrag unterstützen müsse, keineswegs als zweifellos erfüllt angesehen werden kann. Alle diese Schwierigkeiten in der sozialdemokratischen Partei, die gleichbedeutend sind mit Schwierigkeiten für die neue Regierung, könnten ganz erheblich indirekt herabgemindert werden, wenn das Reich den Ausnahmezustand baldigt abhauen und die Reichswehrverstärkungen aus Sachsen zurückziehen würde, worauf das Kabinett Heldt energisch hinarbeiten wird.“

Wir haben absichtlich den Artikel der „Frankfurter Zeitung“ ausführlich zitiert, um neben jenen Symptomen der Entspannung auch die Schwierigkeiten zu zeigen, die noch immer bestehen, und die zu verschweigen sehr leichtfertig wäre. Aber auch hier gilt im Ganzen dennoch die Feststellung, daß auch die Verhältnisse in Sachsen relativ, also vor allem im Vergleich mit den Zuständen während der zweiten Hälfte des vorigen Jahres, im Sinne einer Entspannung und eines Anwachsens staatspolitischer Vernunft zu beurteilen sind (Der sozialdemokratische sächsische Landesparteitag tritt übrigens morgen zusammen, um zu der Frage der großen Koalition Stellung zu nehmen.)

Daß auch in den mehr rechts gerichteten Kreisen unseres Volkes, wenn auch nur schrittweise, die Meinung zu einer gelasseneren und verständlicheren Betrachtungsweise zu bemerken ist, zeigt uns u. a. der Neujahrsartikel der ziemlich weit rechts stehenden, prinzipiell sogar monarchistischen „Magdeburgerischen Zeitung“. Dort heißt es z. B.:

„In wielem, was wir heute leidvoll erleben, hüßen wir Fehler, die weit zurückliegen in der Vorkriegszeit: die in der Verfassung begründete, absolutistische Stellung der Spitzengewalt in der Verfassung und Entlassung der Kanzler, Reichstages etc., die uns einen Diktator kostete und jede selbständige politische Kraft, ferner die unterlassene politische Erziehung der Deutschen einschließlich der Arbeiterschaft

zur Mitarbeit am Staat, zum außenpolitischen Verständnis der ganz besonders exponierten Weststellung des deutschen Volkes, der Verzicht schon zu Bismarcks Zeiten auf die entschlossene Verhinderung solcher Kombination, wie sie der Weltkrieg gegen uns sah. Es bleibt der eigenen geschichtlichen Schuld, daß wir der weltpolitischen Aufgabe, die uns 1870/71 stellte, nicht gewachsen waren, für uns übergenügt. Verfolgt hat nicht nur die Gesamtheit des deutschen Volkes in seiner politischen Tragheit und in seiner materiellen Verdumpfung, verlagert hat schließlich nicht nur die politische Führung, sondern leider manchmal und recht entscheidend in dem großen Ringen auch die militärische Führung bis in die oberste Hierarchie — nur eines hat nicht verlagert bis in den Sommer 1918: die Truppe selbst, der deutsche Soldat. Und an dieser Tatsache darf unser nationales Selbstgefühl, darf unsere Zukunftszukunft sich aufrichten. ... Innenpolitisch läßt sich von der Fülle der Wünsche nur einiges Wichtige andeuten: wirtschaftlich Wiederherstellung unserer Währung, Hebung der Produktion, Vermeidung einer Agrarkrise, sozialpolitisch vor allem Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Hilfe für den ausgelegenen Mittelstand. ...

Es ist gut, so etwas in einem rechtsstehenden Blatt zu lesen. Solche Ausführungen sind geeignet, weite Kreise zu schlagen. Sie schaffen Plattformen eines allgemeinen Verständnisses und einer allgemeinen Einsicht, Plattformen also, die von allen Parteien, mehr links und mehr rechts stehenden, betreten werden können. Und das ist es, was wir brauchen: die Einmütigkeit aller Schichten und aller Parteien in der Betrachtungsweise gewisser großer Fehler und Versäumnisse, wie sie für die Zeit vor dem Kriege und während des Krieges, leider aber auch für die Zeit nach dem Kriege bezeichnend waren. Wir werden aus diesen Fehlern, wie aus der Geschichte selbst erst dann praktisch lernen können, wenn eine große, bis nach links und nach rechts reichende Mehrheit vorhanden ist, die aus diesen Fehlern und aus dem Verlauf der deutschen Geschichte die gleichen Lehren zieht!

Die Antwort Belgiens und Frankreichs

Nach Meldungen aus Brüssel erscheint es zum mindesten zweifelhaft, ob man dort mit einer Ablehnung der deutschen Vorschläge vom 24. Dezember in Brüssel und Vogen einverstanden ist. Es scheint vielmehr, als ob man in Brüssel wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet einige Konzessionen machen möchte. Im übrigen stößt die Politik einer unerschrockenen Negation — wie die „Frankf. Ztg.“ aus Paris meldet, — auch in Frankreich selbst auf wachsenden Widerstand. Das „Journal des Debats“ erklärt, Frankreich habe das größte Interesse daran, die wirtschaftliche Aktivität in den besetzten Gebieten mit allen Mitteln zu fördern, nicht nur, um der Einnahmen zugunsten der Reparationen willen, sondern auch aus allgemeinen politischen Gründen. Geradezu unwirksam sei es, einer ernsthaften Aussprache mit Berlin aus dem Wege zu gehen aus Furcht, dadurch den Erfolg der separatistischen Bewegung zu gefährden. Die Sache der rheinischen Autonomie sei in erster Linie kompromittiert worden durch die von unberufenen französisch-belgischer Seite unterstützten und ermittelten separatistischen Ertragsanfragen und sie werden es noch mehr werden, wenn man im Rheinland den Eindruck erwecke, daß Frankreich dort nur Unordnung und Elend schaffe. Die Garnisonen in den besetzten Gebieten könnten Frankreich allein nicht vor Gefahren schützen, wenn man dort nicht endlich auch eine gute Politik möglichst im Einvernehmen mit den übrigen Mächten mache.

Bemerkenswert ist auch folgende offiziöse durch Savas veröffentlichte Note: „In diplomatischen Kreisen wurde Freitag Vormittag erklärt, daß die in der ausändischen Presse erscheinenden Meldungen, in denen die französische Antwort auf die letzte deutsche Denkschrift als rein negativ bezeichnet wird, keinerlei Text zur Grundlage habe. Der Meinungsunterschied über die Antwort zwischen Paris und Brüssel sei kaum eingeleitet und werde wahrscheinlich noch mehrere Tage dauern bis der endgültige Text feststeht.“

Berichterstattung der französischen Besatzungstruppen. Nach dem „Matin“ sollen seit dem 28. Dezember bereits sieben Infanterieregimenter aus dem Rheinland und Ruhrgebiet nach Frankreich zurückgezogen worden sein. Die weitere Verminderung der Truppen in den besetzten Gebieten erfolge allmählich nach den bereits seit längerer Zeit vorliegenden Plänen des Generals Dejeante.

Friedrich II., der letzte Hohenstaufe

Von Will Scheller.

Wie schon die geographische Lage Deutschlands im Herzen des europäischen Kontinents dem Deutschen selbst eine internationale Bedeutung zuweist, die dem deutschen Staatswesen weit über seine völkischen Grenzen hinauslangende Aufgaben stellt, so hat in den ersten Zeiten, in denen von einem deutschen Reich geredet werden konnte, dessen höchste Spitze, das Kaiserthum, nach einer übernationalen Verankerung gestrebt. Es ist kein Zufall, daß auch Frankreich das Reich der Großen für sich in Anspruch nimmt. Das deutsche Kaiserthum war eben ursprünglich als weltliche Vertretung der Christenheit — eine Gipfelform europäischer Kultur, in der die wichtigsten Nationen sich spiegelten, solange es seine Sendung nicht in einer nationalen Verengung, sondern in einer Erweiterung über die Grenzen von Sprache und Sittung hinaus erwiderte. Das mag einem 20. Jahrhundert, in dem die nationale Absonderung bis zum Äußersten getrieben ist, besonders erscheinen. Aber der Kronen Thron, der Völker Herrlichkeit (St. George) hat nie wieder den Glanz erreicht, den das deutsche Kaiserthum im Mittelalter besaß, in jener Epoche, wo es von den Ufern der Nord- und Ostsee bis zu den Gestaden des Mittelmeeres gebot als eine Macht, die das römische Imperium schier überschattete. Diese Entwicklung fand in Friedrich II., dem Enkel des sagenumwobenen Barbarossa, einen Höhepunkt, der zugleich einen Abschluß bedeutete, nämlich einem historischen Moment, der nicht nur in der deutschen, sondern in der europäischen Staatsgeschichte mit folgenreichem Nachdruck zur Geltung gekommen ist.

Die mittelalterliche Kultur Deutschlands befand sich in ihrer äppigsten Blüte, als Friedrich, schon als dreijähriges Kind, zum Nachfolger seines Vaters Heinrich VI. erloren, mit achtzehn Jahren Herr des deutschen Reiches wurde. Es war die Zeit, in der die größten Denkmale gotischer Baukunst aus deutschem Boden wuchsen, der Dom in Köln und das Münster in Strassburg. Es war die hohe Zeit der mittelhochdeutschen Dichtkunst, das Jahrhundert der großen Epen und des Minneangs, Walther von der Vogelweide, da er frohlockend ausrief: „Ich han min leben, al die werlt: ich han min leben!“ war ein besonderer Günstling des jungen Kaisers mit dem blonden Haar- und dem süßlichen Temperament; von ihm hatte er

Neuzeitliche Wasserwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft

Von Regierungsbaumeister Reubert, Karlsruhe i. B.

Ohne Zweifel gibt es in der organischen Welt neben Luft und Licht keinen wichtigeren Stoff als das Wasser. „Das Verfluchte ist das Wasser“ sagt schon Plinius. Es ist keine auffallende Erscheinung, daß alte Kulturvölker, wie die aus der Bibel bekannten Ägypter, von dem Wähen und Gedeihen ihrer Bewässerungsanlagen abhängig waren. Liehen sie diese zugrunde gehen, so kam damit auch der Wohlstand des ganzen Volkes auf die abschüssige Bahn. Wunden aber die Wähen für den Gebrauch in Ordnung gehalten und weiter entwickelt, so war damit auch die Grundlage für eine harmonische Weiterentwicklung des Volksganges geschaffen. Ähnlich in Spanien und anderen Ländern! Oder ist in unseren Tagen in dieser Hinsicht eine Änderung eingetreten? Gibt es gegenwärtig einen glücklicheren Erdteil als China, dem Lande der eigentlichen Wasserwirtschaft, wo Milch und Honig im wahren Sinne des Wortes fließt? In diesem blühenden, fast einigartigen Gartenland dürfte die Benutzung und Auswertung des Wassers jene Stufe erreicht haben, die es dem Einzelnen im Interesse des großen Ganzen ermöglicht, alle Kräfte, die das Wasser in sich birgt, im Optimum für sich, für den Haushalt und für die Wirtschaft in mannigfaltiger Weise zu gebrauchen.

Wie war und ist es nun in unserem engeren Vaterlande? Die ersten, die sich hier mit der Wasserwirtschaft befaßten, waren die Eroberer unseres Landes die Römer. Und kein anderes Volk hat bessere Vorbilder geschaffen als diese. Flüsse geregelt, Sümpfe ausgetrocknet und damit blühende Kolonien in früher unbewohnten Gegenden geschaffen. Die Wasserbauten, die von diesem fleißigen Volk durchgeführt worden, haben sich zum Teil bis auf den heutigen Tag erhalten. Sie dienen oft auch einem doppelten Zweck: Der Entwässerung, um das Gelände kulturfähig und auch die Umgebung gesünder zu machen und der Verteidigung, um bei einem Angriff das Land unter Wasser zu setzen. Deshalb sind auch die Kanäle meist auf den höheren Lagen („Landgräben“) zu finden. Die Nachfolger der Römer in der Herrschaft, die Schwaben, Alemannen und Franken, ließen diese Bauten zum größten Teil wieder verfallen und erst mit der Einführung des Christentums begann die Hebung des Landes und damit auch die Weiterentwicklung der Wasserwirtschaft. Ganz besonders waren es die Klöster, denen in dieser Hinsicht viel zu verdanken ist und die die volkswirtschaftliche Bedeutung der Wasserwirtschaft erkannten.

Unter den Markgrafen ist es Karl Friedrich gewesen, mit dem die eigentliche neuzeitliche Wasserwirtschaft begann. Er kannte nur ein Ziel: den Emporklang seines Landes. Um diesen zu erreichen, setzte er den richtigen Nebel an: bei der Landwirtschaft. Da aber Landwirtschaft und Wasserwirtschaft zu eng miteinander verknüpft sind, so war ihm vor allem daran gelegen, die Landeskultur mit allen Mitteln zu fördern. Er ließ deshalb zahlreiche Kanäle, Entwässerungen und Bewässerungen im ganzen Lande durchführen. Die von Tallo begonnene Reintorrektion ist eigentlich nur als Fortsetzung des von Karl Friedrich angefangenen Werkes zu betrachten; ebenso die von 1820—1860 mit rund 282 Kilometer Flußlänge geschaffenen Regulierungen. Dadurch war es möglich, erhebliche Flächen Sumpflandes für die Kultur zu gewinnen und auch Bewässerungen im Anschluß daran einzurichten.

Regulierungen, die zum Schutze der Ufer, zur Hochwasserabfuhr oder auch zur Schiffbarmachung eines Flusses dienen, sind im allgemeinen sehr kostspielig. Die Rentabilität solcher Bauten wird oft wesentlich erhöht, wenn noch andere wasserbautechnische Aufgaben damit verbunden werden: Ausmäuerung der Wasserläufe und Ausführung von Meliorationsanlagen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung von Flussregulierungen wird mit der Verbauung solcher Anlagen erst im richtigen Lichte erscheinen. Wenn auch zugegeben werden muß, daß oft schon die Beseitigung von schädlichen Überschwemmungen die Ausführung solcher Flussbauten rechtfertigt und in ganz wenigen Jahren bezahlt macht — es sei nur auf das Donaugebiet und auf die Bergstraße verwiesen, wo zurzeit 1500—2000 Morgen Acker- und Wiesengelände unter Wasser stehen — so ist doch nicht von der Hand zu weisen, daß solche Regulierungen doch über längerer oder längerer Zeit als gewöhnliche Eingriffe in das Naturwunderthum schädliche Folgen nach sich ziehen können, die wir jetzt in ihrem Ausmaß noch nicht erkennen. Deshalb wird auch bei der Ausführung solcher Bauten immer Vorsicht geboten sein und nur regeln und forcieren, soweit es eben unbedingt nötig ist.

Neuzeitliche Wasserwirtschaft dürfte es jetzt vor allen Dingen dann sein, wenn sie sich in die Dienste der Erziehung stellt und damit volkswirtschaftliche Bedeutung im wahren Sinne des Wortes erlangt und auch für die Zukunft behält. Dies ist der Fall, wenn eine bessere Regulierung des Wassers im Boden durch Ausführung von Entwässerungen und Bewässerungen in erhöhtem Maße vorgenommen wird. Es muß anerkannt werden, daß die staatlichen Stellen sich in den letzten Jahren sehr viel Mühe gegeben haben, um hier vorwärts zu kommen. Noch stehen wir aber in dieser Hinsicht in den Kinderschuhen, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß einzelne Bundesstaaten auf diesem Gebiet großes geleistet haben. So wurden in Preußen von 1878—1914 allein mehr als 3½ Millionen Hektar Land durch Entwässerungen jeglicher Art für die Kultur und damit 16 Prozent des landwirtschaftlich genutzten Bodens gewonnen.

Bei der beabsichtigten Änderung des Wassergesetzes wäre vor allen Dingen darauf Rücksicht zu nehmen, daß das Wasser in erster Linie der Landwirtschaft zu dienen hat. Bei dieser Gelegenheit wäre es nötig, auch eine Änderung insofern herbeizuführen, als sämtliche Wasserläufe öffentlich sein sollten, da das Wasser als Gemeingut aller zu betrachten ist. Im Zusammenhang damit brauchen wir auch ein Bodenverbesserungsgesetz, das die Grundlage für die Durchführung der Folgebewässerungen bei der Ausführung von Meliorationsanlagen bildet, wie es in Preußen und Bayern bereits der Fall ist. Es hat gar keinen Sinn und ist ein unvollkommenes Stückwerk, nur technische Einrichtungen (Gräben, Dränagen usw.) auszuführen, sondern weit wichtiger ist die landwirtschaftliche Behandlung der Grundstücke nach Ausführung solcher Bauten, die nur Mittel zum Zweck sein sollen. Erst dann ist es möglich, auf solchem „Anland“ Köcheln als Ziel zu erreichen und die Meliorationskosten in 2—3 Jahren durch die Mehrernten „abzuschreiben“. Die reichliche Durchführung von Entwässerungen ist jetzt besonders auch deshalb zu fördern, weil sich auf solchen, meist brach gelegenen Grundstücken, mehrere Jahre nacheinander sehr gute Ernten erzielen lassen, größtenteils ohne Zuführung von jeglichem Düngemittel. Zur Neutralisierung des sauren Bodens ist oft nur eine Kaliumdüngung nötig. Wir dürften in Baden mindestens noch 30 000 Hektar Land haben, das durch Entwässerung einem weit höheren Ertrag zugeführt werden könnte. Auf dieser Fläche wäre es möglich, mindestens 9 000 000 Zentner Kartoffeln oder 600 000 Zentner Getreide zu ernten. Aus diesen Zahlen dürfte die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kultivierung unseres Sumpflandes klar hervorgehen. Besonders ist es die Kartoffel, die in Baden noch am meisten von den Nahrungsmitteln mangelt. Mit diesen 9 000 000 Zentnern könnte man aber die ganze Bevölkerung in Baden mit Kartoffeln versorgen. Bekanntlich bedingt diese Menge auf solchem Neuland besonders gut. Beispiele anzuführen erübrigt sich, da überall im ganzen Lande solche Gebiete in Fülle und Fülle anzutreffen sind.

Politische Neuigkeiten

Die Leiden der Pfalz

Ein neuer Beweis für den unerhörten separatistischen Terror in der Pfalz ist folgende „Verordnung“ eines separatistischen Bezirkskommissars an die Landgemeinden seines Bezirkes: Der Bürgermeister hat sofort eine Sitzung des Gemeinderats einzuberufen und folgendes bekannt zu geben: 1. Die Regierungsgewalt innerhalb der Pfalz geht einzig und allein in die Hände der „autonomen Pfalz“ über. Wer in Wort, Tat und Schrift die Sache der Regierung bekämpft, hat Strafverfolgung mit aller Schärfe zu gewärtigen. 2. Für Ruhe und Ordnung innerhalb des Ortsbereiches ist die Gemeinde verantwortlich und haftet mit dem gesamten Vermögen für alle Fälle, die als Widersehlichkeit gegenüber der Regierung betrachtet sind; insbesondere wird „in Erinnerung gebracht“, daß das Standrecht verhängt ist. 3. Platze usw. sind auf Anordnung der Regierung oder deren Untervorgänger nach ihrer Zustellung sofort an der Gemeindefestung und sonstigen sichtbaren, verkehrswichtigen Stellen innerhalb der Gemeinde anzubringen, bezw. durch die Ortschleuse bekannt zu geben. 4. Versammlungen, Umzüge und sonstige Veranstaltungen, gleich welcher Art, müssen drei Tage zuvor auf dem Bezirksamt (Kommissariat) angemeldet werden und bedürfen der Genehmigung. Die diesbezügliche Ordnung der Befehlsbehörden wird hieron nicht berührt.

Der größte Teil der Landgemeinden, deren Bürgermeister unter dem Druck der Gewalt sich Treuerklärungen von den Separatisten abtrotzen ließen, hat, wie aus Birmensfeld gemeldet wird, jetzt diese Erklärungen widerrufen. Die noch ausstehenden Gemeinden werden dieser Lage ebenfalls ihre Stellungnahme gegenüber den Separatisten berichten.

Form und Inhalt zu erkennen ist. Der Kaiser erscheint darin allerdings in dem ganzen, einzigartigen Reichtum seines Geistes und der esauischen Kraft seines Machtwillens deutlicher noch, als er der Nachwelt in den längst verstrickten Tatsachen seiner militärischen und diplomatischen Siege, seiner Kämpfe und Siege, seiner Gesetze u. Urteile sich spiegeln kann. Hat er sie auch wohl nicht selbst geschrieben, diese Briefe, so bestet doch zwischen ihnen und den Privatbriefen seines Kanzlers ein solcher Unterschied, daß der kaiserliche Charakter in ihnen keineswegs zu verkennen ist.

Die vornehmste Eigenschaft dieses Charakters ist das Bewußtsein seines Amtes, das ihm von Gott verliehen und dem des geistlichen Oberhauptes der Christenheit gleichgeordnet ist. Eben hieraus entspringt ja der Haß mit den damaligen Inhabern des Stuhles Petri, dem Friedrich am Ende unterlag. Solange er aber lebte, setzte er die freie Macht des heiligen Reichs mit Schwert und Schrift wider die Priesterschaft und weltliches Nebelkennzeichen, dessen er genug erfuhr, mit unerbittlichem Kaiserstolz ein. „Doch wunderbar war auch seine Gnade, die da am liebsten verzieh, wo es am wenigsten erwartet war, seine stete Gerechtigkeit, die ihn selbst Krankheit zu bändigen lehrte“; wunderbar war auch die Weisheit dessen, der sechs Sprachen sprach und die Sitten fernster Völker durchschaute, der dem Sultan im geistigen Wettspiel mathematische Aufgaben überlieferte, der die Lehren der Alten wie die der Muslimen und Gelehrten erforschte. Stefan George läßt ihn in dem „Die Gräber in Speier“ überdies einen Zeitgedicht des „Siebenten Rings“, die Schär erleuchteter Schattens schließend, wie folgt, erscheinen:

Vor Allen aber strahlte, von der Stauffischen Ahnmutter aus dem Süden her zu Gast Gerufen, an dem Arm des schönen Enjio Der Große Friedrich, nahen Volkes Sehnen, Zum Karlen- und Ottonen-Pan, im Bild Des Morgenlandes ungeheuren Traum, Weisheit der Kabbala und Nömerwürde, Beste von Agrigent und Selinunt.

In der Tat umspannte des Kaisers Geist Abend- und Morgenland, in seiner Hoshaltung herrschte neben aller Macht ein zwingendes Element intellektueller Hochkultur — denn Friedrich war, wie angedeutet, seiner Zeit voraus, — er wußte

jenes lang umsonst ersehnte Leben empfangen und kämpfte nun, dankbar, als politischer Dichter, für die Rechte der Krone gegen das vor dem Glanz dieser Krone erzitternde Kirchentum, folgte dem Kaiser auf seinem mehr diplomatisch als militärisch wirksamen Kreuzzug, um bald darauf und zwanzig Jahre vor seinem Herrn die Augen zu schließen, die das Ende einer herrlichen u. den Beginn einer traurigen Zeit nicht leben sollten. Es war die Zeit, in der Franziskus von Assisi sein unvergleichliches Leben lebte u. Thomas von Aquino den Geist des Christentums lebend erneuerte, die Zeit, in der Albertus Magnus an die Sparten der natürlichen Geheimnisse Aepius und Raimundus Lullus ein System der Erkenntnis erfand — die Zeit zugleich, in der die deutschen Ordensritter gegen die Preußen kämpften und die Mongolen ihre wilden Vorden bis nach Schlesien vordrängen. Eine Zeit mühsam, in welcher große Taten getan, große Werke gestaltet wurden, Taten und Werke, deren Widerstreben über das ganze Leben der Menschheit leuchtet. Und aus dieser Zeit heraus geboren, ihr Geschöpf, und sie doch übertragend, erhebt sich das Dasein, das Leben, Wirken und Sterben Friedrichs II., des letzten aus dem Geschlecht der Staufer, diejenige Erscheinung in der langen Reihe deutscher Kaiser, die den stärksten fürstlichen Glanz und den höchsten geistigen Schmuck an ihrem Namen zu festeln gewohnt hat; sie „geigte des Kaiserthums mögliche Fülle und notwendiges Ende“.

So wenig es da Wunder nehmen kann, daß diese kaiserliche Erscheinung die Phantasie des Volkes mitnehmend befruchtete, so wichtig muß es genommen werden, wenn in Zeiten deutscher Wirrnisse, wie den gegenwärtigen, etwas veröffentlicht wird, das die Bedeutung Friedrichs in besonderem Lichte zeigt und die große staatliche Tat in weiteren Räumen als denen der Nation“ erhellt. Dies geschieht durch die „Staatsbriefe Kaiser Friedrichs des Zweiten“, die Wolfram von der Steine, ein Angehöriger des Kreises der von Stefan George begründeten Blätter für die Kunst, als eine Publikation dieser geistigen Gemeinschaft (im Verlag von Ferdinand Hirz in Breslau) herausgegeben hat. Es handelt sich darin um eine kennzeichnende Auswahl aus den von der kaiserlichen Kanzlei die Feder von Vinca leitete, hergestellten und verfaßten Briefen an fürstliche und geistliche Personen und Grundbesitzer an Städte und Völker, in denen der große Zug im Wesen und Wirken Friedrichs nach

läufige Maßnahme zu treffen. Hiernach werden insbesondere die noch nicht 20 Jahre alten Angestellten und die nur vorübergehend Eingestellten die Kündigung bis zum 1. Februar erhalten; ebenso scheiden alle 65-jährige aus dem Dienste.

Das Städtische Milchamt Karlsruhe wird aufgelöst. Seine Funktionen übernimmt eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, an der sich die Stadt Karlsruhe, die Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft und die Karlsruher Gewerkschaftverbände beteiligen. Durch die Einfuhr von Schweizer Milch hat sich die Milchversorgung wesentlich gebessert, so daß auch kranke Personen im freien Verkehr die benötigte Milch erhalten. Die amtliche Versorgung mit Milch wird deshalb auf Kinder bis zu sechs Jahren beschränkt, alle übrigen Personen, einschließlich der Kranken und alten Leute, werden auf den Bezug von freier Milch verwiesen.

Eine Goldmarkenleihe der Stadt Baden-Baden. Der Bürgerausschuß in Baden-Baden faßte einstimmig folgenden Beschluß: Zur Durchführung der Aufgabe, für die die Goldwertanleihe genehmigt wurde und zur Verteilung der Kosten der Erweiterung des städtischen Krankenhauses sowie zur Finanzierung des Rückkaufs gezeichnete Stücke der Goldwertanleihe ist ein Anleihen in Höhe von 1512 000 Goldmark, verzinstlich mit 6 Prozent jährlich und tilgbar in Prozentigen Annuitäten aufzunehmen. Die Verzinsung erfolgt halbjährlich, die Tilgung jährlich. Die Anleihe ist für zwei Jahre seitens der Stadt un kündbar, danach besteht das Recht zur Verlängerung oder völligen Heimzahlung. Die Auflegung der Anleihe erfolgt zu einem Kurs von etwa 96 Prozent. Für das Anleihen wird eine bündliche Sicherung auf den Besitz der Stadt an Grundstücken, auf die Grundstücke und Gebäulichkeiten der städtischen Betriebswerke und die Bahnen, welche im Grundbuch der Stadt Baden-Baden eingetragen sind, bewilligt. Auf die Weiterausgabe der Goldwertanleihe wird verzichtet. Für die Verwendung des etwa für die obigen Zwecke nicht benötigten Teils des Anleihens wird die Genehmigung des Bürgerausschusses vorbehalten. Auch in Baden-Baden hat der Gemeinderat beschlossen, von einer Goldmarkenleihe Abstand zu nehmen, weil seit der Streiklösung der Markt Nachfrage für eine solche werkschließende Anleihe nicht mehr besteht.

Bürgermeisterwahl in Waldshut. Bei der Bürgermeisterwahl in Waldshut stimmten von 68 Stimmberechtigten 65 ab; davon erhielten Dr. Paul Horster, Syndikus der Handelstammer Schopheim, 36 Stimmen, Dr. Eugen Boulanger, Stadtbaurat in Singen a. S., 28 Stimmen und 1 unwillige. Dr. Horster ist also mit einer Stimme über die erforderliche Anzahl zum Bürgermeister gewählt.

Eingemeindungsversuche im Ruzgau. Die Eingemeindungsversuche spielen in dem Ruzgau eine große Rolle. Im oberen Saale, a. B. in den Gemeinden Fridingen und Altheim sind die Eingemeindungen und Verleugungen bereits durchgeführt. Im Bezirk Oberlingen sollen über ein Dutzend kleinerer Gemeinden aufgehoben und größeren zugeteilt werden. Man erwartet durch diese Maßnahmen große Ersparnisse in der Verwaltung. Es soll aber auch durch die Schaffung größerer Gemeindegrenzen den Berufsbeamten Stellen geschaffen werden, was jedoch noch erst abgewartet werden muß.

Aus der Landeshauptstadt

Schiller und Goethe hat Ulrich von der Trendelkrei vom Landeshecker für zwei weitere Sonntagsmittags-Regitationen gewählt. Der erste davon findet morgen Sonntag, den 6. Januar um 5 Uhr im Schauspielhaus statt. Der Künstler wird an der Hand der Dichtungen ein Lebensbild Schillers darbieten, von weniger populären Werken den Spaziergang vortragen, sowie Teile aus dem Moleschen Schillerroman, von Gelanien Werken u. a. „Die Trauung des Jöbicus“ und „Das Lied an die Freude“. Der außerordentliche Erfolg der beiden ersten Dichterabende wird zweifellos wieder eine große Hörerschaft bereiten. Die Kartennusgabe, für beide Vorträge zu ermäßigten Preisen, in der Hoftheaterhandlung Kurt Neufeldt hat begonnen.

Landesbauern. „Nebeneinander“ Volkstheater 1923 von Georg Kaiser wird am Dienstag, den 8. Januar (Monument F 11), zum erstenmal wiederholt. — Am Donnerstag, den 10. Januar (Monument C 11) geht — dieselben Bühnen gemäß — Leo Weismantels „Mysterienpiel Totentanz 1921“ zum erstenmal auf der Bühne des Landesheaters in Szene. — Gerhart Hauptmanns Trauerspiel „Hanneles Himmelfahrt“ gelangt am Samstag, den 12. Januar (Monument G 10) zum zweitenmal zur öffentlichen Aufführung. — Im Konzerthaus

findet am Sonntag, den 13. Januar ein „Winterabend“ statt, dessen Beschluß die erstmalige Aufführung der einaktigen Grotte „Satans Maske“ von Paul Ginner bilden wird. — Die Aufführungen der „Kammerspiele im Künstlerhaus“ werden am Mittwoch, den 9. Januar mit einem „Strindberg-Abend“ fortgesetzt, bei dem des Dichters „naturhistorische Tragödie“ in einem Akt „Fräulein Julie“ zum erstenmal in Szene geht. Der Tragödie „Fräulein Julie“ wird die Erstaufführung des einaktigen Dramas „Samum“ von Strindberg vorangehen. Am Freitag, den 11. gelangt dieser Strindberg-Abend im Künstlerhaus zur ersten Wiederholung. — Auf Einladung der Generaldirektion hat sich Prof. Dr. Hans F. H. er bereit erklärt, die musikalische Leitung der nächsten Aufführung des „Ballettrina“ zu übernehmen. Dieses Dirigiergastspiel findet nunmehr am Freitag, den 11. ds., nachm. 6 1/2 Uhr statt.

Bergiftung eines Karlsruhers durch Methylenblau. Wir lesen in einem Berliner Blatte: Der 30-jährige Arzt Dr. Werthold Böhner aus Karlsruhe ist von der Silberrustei in den Tod gegangen. Er hielt sich bei einer Familie in der Pfefferstr. 9 in Treptow auf und erwartete hier im Beisein seiner Frau das neue Jahr. Es wurde angeblüh nur mäßig dem Punsch zugesprochen. In der Nacht stellten sich bei mehreren Gästen unangenehme Erscheinungen mit Erbrechen ein. Sie traten bei Dr. Böhner so heftig auf, daß er in den Krankenhausstunden des Neujahrstages verstarb. Der Arzt Dr. Reher spricht im Totenschein den Verdacht der Vergiftung durch Methylenblau aus. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Nr. 1 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnungen: des Ministers des Inneren: Handelsverträge; des Ministers des Innern und des Arbeitsministers: die Einstellung und Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Baden; des Arbeitsministers: Vollzug der Reichsverordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I Seite 1043).

Mittelbadische Eisenbahnen A.-G. Nachdem nunmehr die Haupttrede Offenburg-Appenweier wieder den Betrieb aufgenommen hat, ist die Gesellschaft stark entlastet worden, so daß der neue Fahrplan ab 1. Januar eine starke Einschränkung erfahren konnte. Der Sonntagverkehr auf den Linien Lahr-Odenheim-Altenheim-Offenburg u. Malsatt-Schwarzwald ist vollkommen eingestellt. Auf den Strecken Altenheim-Neß und Neß-Bühl verkehren nur zwei Zugpaare. Bei Anstellung des Fahrplans hat man ganz besonders den wichtigen Arbeiterverkehr sowie den Schüler- und Berufsverkehr beachtet.

DZ. Heilbronn, 4. Jan. In der Fröhe des 2. Jan. meldete der Apparat der Königskulturnachrichte ein Erbeben mäßiger Stärke. Das Erdbeben hat sich in Aueno ereignet.

DZ. Freiburg i. Br., 4. Jan. Wie erst jetzt bekannt wird, ist am 25. Oktober in Connecticut zu Norwich der berühmte deutsche Drehtischbauer Emil Wette gestorben, der noch vor kurzem im Beiräte der Firma R. Wette & Söhne vertreten war. Geboren am 20. April 1841 in Böhrnbach im Schwarzwald, widmete er sich dem gleichen Beruf wie sein Vater, nämlich der Herstellung automatischer Musikinstrumente. Schon mit 21 Jahren konnte er die Schwarzwälder Uhren- u. Spielzeugindustrie auf der Londoner Ausstellung vertreten. Als Zweig der deutschen Firma gründete dann Emil Wette in New York die Firma R. Wette & Söhne und hat dadurch der deutschen Industrie einen großen Erfolg gesichert.

DZ. Freiburg i. Br., 4. Jan. Wegen Erreichung der Altersgrenze werden zum Schluß dieses Semesters folgende ordentliche Professoren in der Rubrikland treten: Dr. Karl Julius Wanner (Moral und Ethik) und der theologischen Wissenschaft; Dr. Ernst Fabricius (Alte Geschichte); Dr. Georg v. Below (mittlere u. neuere Geschichte) und Dr. Heinrich Finde (mittlere und neuere Geschichte).

DZ. Konstanz, 4. Jan. Heute starb nach längerem Leiden der Bürgermeister von Dautlingen Karl Graf. Der Verstorbenen war von 1913 bis 1918 Mitglied des badischen Landtags und gehörte der Zentrumspartei an.

Literarische Neuerscheinungen

„Lisa Gerke.“ Roman von Hans von Kahlenberg. (Wita, Deutsches Verlagshaus G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg.) — Eine kulturgeschichtlich interessante Romanabhandlung, die uns die Aristokraten im Zerkfall Wilhelm II. schildert und dabei auch die Person des Erzählers selber behandelt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Januar		4. Januar	
	Geld	Debit	Geld	Debit
Amsterdam . . .	1 625 925	1 634 075	1 625 925	1 634 075
Kopenhagen . . .	753 100	761 900	750 120	753 880
Italien	188 528	189 472	189 525	190 475
London	18 245 250	18 345 750	18 251 250	18 345 750
Newyork	4 189 500	4 210 500	4 189 500	4 210 500
Paris	213 445	214 545	216 438	217 562
Schweiz	751 118	754 882	751 118	754 882
Wien	127 680	128 520	127 680	128 520
Zinn	61 845	62 155	60 847	61 153

Die kleine Ziffer bedeutet die Zuteilung in Prozent

Wertbeständige Anlagen

Zur Anlage für Rückgelde und als wertbeständige Effekten sind zugelassen:

Letzter Kurs: (in Millionen Mark)

5% Badische Kohlenwert-Anleihe	ca.	15
6% Rhein-Donau-Gold-Anleihe	ca.	12
5% Rhein-Donau-Gold-Anleihe	ca.	2,5
5% Preussische Rati-Anleihe pro 100 kg	ca.	4
5% Sächsische Roggen-Anleihe pro Ztr.	ca.	—
5% Süddeutsche Postwertbank-Obli.	ca.	2
Dollarschuldenschein des Deutschen Reichs	ca.	4,2
Goldanleihe d. Deutschen Reichs	ca.	4,2

Ferner nennen wir noch die nicht mindelsichere wertbeständige Anleihe Kreuzberg Carl, G. m. b. H., Lederfabrik Weinheim ca. 1 Million

Verabreichung der Gütertarife. Einer Meldung aus Berlin zufolge wird der Reichsverkehrsminister den Reichsregierungsstellen noch in diesem Monat einberufen, um ihn über Art und Umfang einer Ermäßigung der Gütertarife zu hören.

Die Konkurse im Jahre 1923. Nach einer Mitteilung der Finanzzeitung „Die Bank“ betragen die Konkurse im Jahre 1923 insgesamt 249 gegen 935 im Jahre 1922 und 3012 im Jahre 1921. Damit ist die niedrigste Ziffer der eröffneten Konkurse erreicht, die je in Deutschland zu verzeichnen war.

Vor dem Anlauf unnotierter Aktien jüngerer und unbewährter Papiere, die von betrieblichen Finanziers an den Markt zu bringen versucht werden, warnt die „Frankf. Ztg.“. Jezt, vielleicht vor Koreschluss, wird noch einmal der Spekulationsdruck aufgebracht, wird noch einmal die Wertberedung getrieben, um das Risiko vom Verkäufer übernommene Aktien auf unerfahrene und leichtgläubige abzugeben. Die Spekulationszentrale suchen ihre Portfolios zu leeren, um sich selbst zu entlasten, bevor der möglicherweise in Anzug befindliche Sturm über das Aktienwesen der jüngeren Vergangenheit kommt. In welcher Weise gearbeitet wird, läßt sich aus den Inseratenteilen verschiedener Zeitungen illustrieren. Eine Firma bietet Aktien zu 5 Pf. an, und 3 Pf. an. Hier soll der Fernpreis den Kurs sein, während er doch in Wirklichkeit für den Sachverständigen nichts anderes als eine scharfe Warnung bedeutet.

Neufestsetzung der Raif-Inlandpreise. Der Reichskassirer beschloß die Rückkehr zu den Vorkriegspreisen, insbesondere Herabsetzung des Preises für 40proz. Kalibingelast, der für die deutsche Landwirtschaft in erster Linie in Betracht kommenden Handelsmarke von 7,82 M. auf 6,30 M. Der Preis für Ramin wurde unter den Vorkriegspreisen von 1,20 M. auf 0,98 M. und der Preis für 20proz. Kalibingelast unter den Vorkriegspreisen von 2,80 M. auf 2,25 M. festgesetzt. Durch Erweiteung des Zahlungsziels wurde ein weiterer Anreiz zum Bezug von Ruffischen gegeben. Voraussetzung für die Aufrechterhaltung der herabgesetzten Preise ist, daß die verlängerte Arbeitszeit auch in der Kalidindustrie in hohem Umfang zur Durchführung gelangt.

Badischer Handel. Die Generalversammlung der Firma Gebr. Jungmann A.-G. Schramberg genehmigte die Anträge der Verwaltung einstimmig und die Ausschüttung einer Dividende von 1 Million Papiermark auf eine Stammaktie und von 1,68 Millionen Papiermark auf eine Vorzugsaktie. Scheimer Hofrat Sauter scheidet aus dem Aufsichtsrat aus und dafür wird Kommerzienrat Dr. med. h. c. Christian Scheerer (Mittelsachsen) für sein Mandat vorgeschlagen. Sauter & Scheerer (Tuttlingen) neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Südbadische Heu- und Strohpresse. An den letzten Werten notierten 100 Kilo Wiesheu 6-7, Kleehheu 8,50-9,50 und Stroß 4,50-6 Goldmark.

Karlsruher Bankvereinigung

Von Montag, den 7. Januar 1924 ab sind unsere Kassen und Schalter für den Verkehr mit dem Publikum wieder wie früher geöffnet und zwar am:

Montag bis Freitag
Vormittag von 1/9-1/2 Uhr
Nachmittag von 3-1/2 Uhr
— Samstag —
Vormittag von 1/9-12 Uhr

Badischer Kunstverein.

Unser letzter Aufruf hatte Erfolg; wir hoffen den Verein durchzuführen. Für 1924 ist der Jahresbeitrag auf 4 Goldmark bestimmt; wer 2 M. darüber zahlt, im ganzen also 6 M., ist damit an einer Verbesserung von Kunstwerken beteiligt. Wir bitten um sofortige Zahlung an unserer Kasse oder um Überweisung auf Postkontokonto Karlsruhe 20065 — Bankkonto Rheinische Creditbank.

Karlsruhe, im Januar 1924.

Badischer Kunstverein.

Rathausaal

Sonntag, 6. Jan. u. Sonntag, 13. Jan. jeweils 5 Uhr

Schiller-Goethe

2 Vorträge Ulrich v. d. Tronck-Ulrich
Karten zu M. 2.— (numeriert) und M. 1.—, für beide Vorträge M. 3.— und M. 1.50 bei

Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Erinnerungen

von

J. R. H. Großherzogin Luise von Baden †

St. Moritz-Mainau-Solliden Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis:
Sinnendes Wandern, wunderbares Sinnen. — Blumen auf den Alpen. — Leidenschaft. — Über die Bäume. — Wo sind die starken Burgen deiner Kraft. — Wunden. — Leboir. — Nächliche Gewitter. — Die Freude. — Verortnerung. — Warum die Silberpappel sich seitwärts bog. — Was die Rainaubäume denken. — Von den südlichen Bäumen. — Abschied.

Preis 1 Gold-Mark.

Verlag G. Braun G. m. b. H., Karlsruhe
Karlriedrichstraße 14

Badisches Landestheater.

Sonntag, 6. Jan. 2 1/2 b. g. 5 Uhr. Sp. I 2,00 M.

Spulezwirnen, das Sonntagskind.

Sonntag, 6. Jan. 6 b. g. 1/10 Uhr. Sp. I 7,20 M.
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2201-2400, 7301-7400.

Carmen.

Konzerthaus Karlsruhe.

Sonntag, 6. Jan. 7 b. g. 9 1/2 Uhr. Park. I 3,00 M.

Das stärkere Band.

Metallbetten

Stahlnatr., Kinderbett, direkt an Privat, Kata-gt 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Euph (Zürich).

Bürgerl. Rechtspflege a. Streilige Gerichtsbarkeit.

II. 950. 2. 1. Karlsruhe. Die Firma Napp & Necker, Steinwerke in Karlsruhe, Durlacher Allee 29, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwalt Dr. R. Haas, A. Strauß, Dr. Repler und Dr. Oppenheimer in Karlsruhe, klagen gegen Franz A. Klein, Inhaber eines Ateleters für Klipide u. pro. ane Kunst, zuletzt in Rier, Gilbertstraße 1, jetziger Auf-

at 19'4, vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwält als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Karlsruhe, 29. Dez. 1923.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts II. R. f. S.

Verbleibene Bekanntmachungen.

Ruhholzerkauf.

Das Badische Forstamt Ettensheim verkauft freihändig aus Domänenwaldabteilung I 4, 9, 10, 12, 19 Kad-Stämme: 2 L, 1 II., 5 III., 14 Stämme aus I 7, 10, II 8, 28 IV., 908 V., 745 VI. St. Abfahrte: 6 L, 15 II., 15 III. St., zusammen 365 St. Fichten: 1 IIa, 7 IIIa, 25 IIIb, 60 IV., 42 V., 2 VI. St., zusammen 101 St. Buchen: 1 L, 5 II., 41 III., 11 IV. St., zusammen 78 St. Schriftliche Angebote in Prozent der badischen Goldmarkgrundpreise bis zum Mittwoch, den 9. Jan. 1924, nachmittags 1 Uhr, erbeten. Vereinbarung der Zahlungsbedingungen im Verkaufsabschluß. Vorgesetzt: Oberforstwart Schmidt, Mühlweier; Witt, Ettensheimmünster. 1923